

Basisdemokratie mit Funktionären

Die StuRa-Gründung und der Uniumbau 1989ff.

In offenen Gesellschaften ist es nicht die vorrangige Aufgabe der Studierenden, einverstanden zu sein. In der DDR war das anders. Dort hatte die Universität als Lehrstätte nicht allein einen fachlichen, sondern wesentlich auch einen politischen Auftrag: Die mit einer Basisausstattung „sozialistischer Persönlichkeiten“ von der Schule gekommenen Studierenden sollten zur „sozialistischen Intelligenz“ veredelt werden. 1989 studierte die zweite autochthone DDR-Generation an den Hochschulen. Sie war unter permanenter staatssozialistischer Indoktrination sozialisiert, in rigide wirkenden, zusätzlich disziplinierenden Ausleseprozessen an die Hochschule gelangt und dort in ein verschultes Studiensystem integriert. Derart hatten die Studierenden ein bedeutendes Maß an Fremdzwangsteuerung internalisiert (vgl. Sieber/Freytag 1993: 15-52). Um so mehr kann es überraschen, dass sie im Herbst 1989 auch Selbststeuerungspotenziale zu mobilisieren vermochten.

Herbst '89: Romantische Phase des Uni-Umbaus

Die Studierenden waren nicht die Speerspitze des gesellschaftlichen Umsturzes. Das einte sie mit Gemüsehändlern, Produktionsarbeitern oder Betriebsabteilungsleitern, also ihren Eltern: Es gab keine sozialmilieubestimmte Gruppe, die Träger des überraschenden Vorgangs war. Dieser war von politisch Motivierten, nämlich den Bürgerrechtsgruppen, als punktueller Protest initiiert worden. Zu Massen auflaufende Einzelindividuen jeglicher sozialer Herkunft verallgemeinerten den Aufruhr. Das Regime schließlich, seiner Selbstgewissheit verlustig gegangen, tolerierte den Vorgang faktisch.

Ab Mitte Oktober 1989 fanden die Studierenden auch als Gruppe zu gestalterischem Handeln. Eine Erklärung dafür liefert der Umstand, dass die Identifikation der DDR-Studierenden mit dem System bereits in den Jahren zuvor rapide abgenommen hatte. In den achtziger Jahren war – nach den Untersuchungen Studenten-

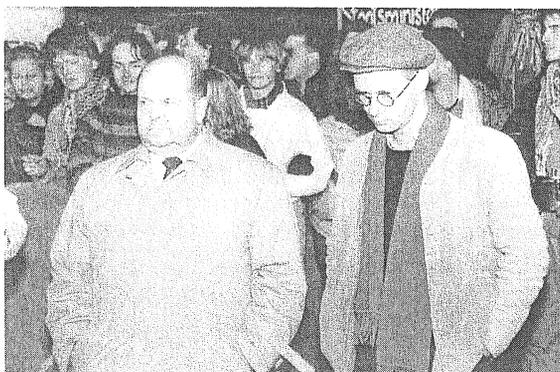
intervallstudie 1977 und Student 89 – ein signifikanter Ablösungsprozess von der politischen Führung zu beobachten: Die einschränkungslose Verbundenheit mit der SED, im Jahre 1977 noch 32 Prozent, war im Frühjahr 1989 auf sieben Prozent gefallen. Diejenige mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) hatte einen Rückgang von 1977 36 Prozent auf 1989 zwei Prozent zu verzeichnen (Starke 1992: 16f.).

Nun, im Umbruch, sahen die Studierenden vor allem eine Chance: Liberalisierungen der erstarrten Strukturen selbstbestimmt mit vorantreiben und nutzen zu können. Noch in den Herbstwochen des Jahres 1989 wurden auf studentische Initiative Pflichtsport, Pflichtfremdsprachenausbildung (das bezog sich vor allem auf Russisch) und Marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium (MLG) abgeschafft. In den Gremien zahlreicher Hochschulen sollten die studentischen VertreterInnen in der Folgezeit permanente Impulsgeber werden. Vorreiter dabei waren die Studierenden an der (damals Karl-Marx-)Universität Leipzig und der Humboldt-Universität zu Berlin (vgl. Küpper 1993: 109-117; Füller 2000).

Die Organisationsfrage ist zentral in einer Revolution – das hatten die DDR-StudentInnen in den Zwangsvorlesungen zur KPdSU-Geschichte gehört. Sie griffen daher das herrschaftlich angemaßte studentische Vertretungsmonopol der FDJ an: In Gestalt der Studentenräte, später StudentInnenRäte, wurde ein eigenständiges Organisationsmodell entwickelt und durchgesetzt (vgl. Sieber/Freytag 1993: 71-147; Pasternack 2000).

An der Leipziger Universität hatte am 17. Oktober 1989 im Theologenklub eine Diskussion von Theologie- und Gesellschaftswissenschaftsstudierenden stattgefunden: Die Debatte über die Rolle der Universität im Umbruch mündete in den Beschluss, eine unabhängige Studentenvertretung zu gründen. Es folgten hektische Aktivitäten. Vor allem musste alles formal sehr sauber ablaufen: Legitimationsverluste durch Verfahrensmängel waren in der politisch aufgeheizten Situation dringlich zu vermeiden.

Innerhalb einer Woche wurden Wahlen von 449 SprecherInnen der studentischen Seminargruppen organisiert. Am 26. Oktober trafen sich diese und beschlossen mit Zweidrittelmehrheit den weiteren Fahrplan. Am 9. November, parallel zum Mauerfall, konstituierte sich der Studentenrat (StuRa) in öffentlicher Sitzung im dicht besetzten, größten Hörsaal der Uni. Am 7. November hatte es ein erstes Gespräch zwischen Rektor und StuRa-Vorbereitungsgruppe gegeben. Am 13. Dezember vereinbarten Rektor und StuRa, dass die bisherigen Kompetenzen der FDJ an den StuRa übertragen werden. Besonders wichtig dabei: Die Verfügung über den so genannten „Fonds junger Sozialisten“ ging von der FDJ an den StuRa. Damit war die Studierendenvertretung auch finanziell handlungsfähig, denn Semesterbeiträge wurden seinerzeit noch nicht erhoben. Im Januar 1990 fand eine Urabstimmung über Akzeptanz und Satzung der Studierendenvertretung statt. Die Beteiligung war grandios und sollte später nie wieder erreicht werden: 73 Prozent aller StudentInnen gaben ihre Stimme ab, davon bestätigten 93 Prozent den StuRa als Interessenvertretung und 72 Prozent dessen Satzung (StudentInnenRat 1991: 17).



Das damals entwickelte Organisationsmodell hat sich in wesentlichen Teilen bis heute erhalten: Die Fachschaften wählten auf Vollversammlungen ihre SprecherInnen, von denen sie im StuRa – mit einem imperativen Mandat ausgestattet – vertreten wurden. Es fanden also Personen- und keine Listenwahlen statt. Parallel zur so konstituierten SprecherInnenversammlung – dem eigentlichen StuRa – waren in der Struktur nebengeordnete Arbeitsgruppen vorgesehen. Solche konnte jede Studentin und jeder Student bilden, um zu einem bestimmten Projekt oder Thema zu arbeiten und darüber ggf. Einfluss auf die StuRa-Tätigkeit zu nehmen. Bestimmte Gruppen – Studentinnen und ausländische Studierende – besa-

ßen Vetorechte gegen StuRa-Beschlüsse. Daneben hatten in den ersten Jahren die studentische Uni-Vollversammlung und Urabstimmungen als höchste Entscheidungsinstanzen der Studierendenschaft einen großen Stellenwert – zumindest in der Satzung.

1990: Mehr Oligarchie wagen

Die eigenständige Abschaffung der Studierendenfremdverwaltung und die Durchsetzung ihrer Selbstverwaltung waren originäre Bestandteile des demokratischen Aufbruchs im Lande. Alsbald jedoch folgte der Niedergang der von einer breiten Basis getragenen emanzipatorischen Bewegung in der DDR. Die damit einhergehenden Desillusionierungen spiegelten sich auch an den Hochschulen und innerhalb der Studierendenschaft wieder. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 erbrachte den allgemein überraschenden Wahlerfolg der vormaligen Blockpartei CDU (innerhalb einer „Allianz für Deutschland“), die eine schnelle deutsch-deutsche Vereinigung anstrebte. Dies markierte eine entscheidende Zäsur. Deutlicher, meinten viele, könne das Streben nach selbstbestimmter gesellschaftlicher Entwicklung nicht torpediert werden. Der resignative Rückzug vieler politischer Aktivisten war die Folge. Das bekamen auch die StudentInnenräte zu spüren.

Die Verbleibenden versuchten, ihre Arbeit situationsadäquat auszurichten. Eine verstärkte Orientierung auf die unmittelbaren sozialen Interessen der Studierenden kennzeichnete dies. So war etwa die Studienfinanzierung in dieser Zeit ein Dauerthema. Bislang hatte es ein elternunabhängiges Stipendium für alle Studierenden gegeben. Das betrug 200,- Mark oder ein Viertel eines Facharbeiterlohnes. Damit ließ es sich überleben in der durchsubventionierten DDR. Die StudentInnenräte fanden zumindest die Idee der Elternunabhängigkeit übertragend und im übrigen die BAFÖG-Verwaltungskosten in Stipendien transferierbar (Strategiekonzept 1990). Bald deuteten sich die ersten sozialen Friktionen an. Die Liberalisierung der Preise setzte ein. Betriebe begannen mit Entlassungen und ließen mithin nicht erwarten, dass sie HochschulabsolventInnen einstellen würden. Kindertagesstätten waren gefährdet. Nun gab es einen Umschlag vom eher spielerischen Umgang mit den neuen politischen Möglichkeiten zur Orientierung auf – jetzt als exis-

tentiell notwendig empfundene – knallharte soziale Interessenvertretung. Dadurch ließ sich das bereits spürbare Abflauen der anfänglichen Beteiligungseuphorie noch etwas mildern. Insgesamt aber konnte es nicht aufgehalten werden.

Die Handlungsformen waren fortan dominiert von pragmatischer Gremienarbeit. Phasenweise wurde dies koloriert durch Aktionen in den Mustern klassischer studentischer Protestformen: Vorlesungstreik, Demo, Uni-Blockade, „Sit-in“/Hochschulbesetzung, Vorlesungen im stadtpublicen Raum. Lediglich das Sprengen von Gremiensitzungen blieb auch dann unüblich. Die pragmatische Gremienarbeit wurde recht bald Domäne sich herausbildender studentischer ExpertInnen. In selteneren Fällen gelang es, durch Protestaktionen geplante bzw. bereits getroffene Entscheidungen zu modifizieren. Aber auch dabei bedurfte es immer der trainierten VerhandlungsführerInnen. Diese entwickelten in kürzester Zeit eine z.T. bemerkenswerte Sachkompetenz – unter dem Druck der Umstände blieb ihnen auch gar nichts anderes übrig. Sie prägten die Erneuerungsprozesse der Universität wesentlich mit und zeigten sich in diesem Punkt gegenüber wesentlichen Teilen der ProfessorInnenschaft überlegen. Das anfangs hoffnungsvoll stark basisgetragene studentische Bewegtsein hingegen fand in diesen Abläufen relativ schnell zu westdeutscher Normalität: Beteiligung an der Interessenvertretung war alsbald Sache einiger weniger (ausführlicher Pasternack 2000).

Konflikthanlässe und Auseinandersetzungen gab es gleichwohl über das ganze Jahr 1990 hin in reichlicher Zahl: über eine Universitätsverfassung, die Zusammensetzung des Konzils (es wurde dann in Vier-Viertel-Parität gewählt, hatte aber bald mit seinen 500 Mitgliedern permanente Probleme, beschlussfähige Sitzungsbeteiligungen zu erreichen), Vertrauensabstimmungen von Sektions-, Instituts- und KlinikdirektorInnen, die Modalitäten einer politischen Überprüfung des Lehrkörpers, den Universitätsnamen Karl Marx, Eingriffe des Bildungsministeriums in Universitätsangelegenheiten und die Widerstandsfähigkeit des Rektorats dagegen (letztere aus Sicht der Studierenden: in der Regel mangelhaft), die Neugestaltung der Studiengänge und ihrer Curricula, die strukturelle Erneuerung der Uni, welche bereits 1990 vielfach als konservative Modernisierung betrieben wurde: Die vormals sozialistisch

dominierte Professorenschaft wollte nun vor allem mehr Oligarchie wagen. (Vgl. StudentInnenRat 1991; Pasternack 1995)

In diesen Auseinandersetzungen schulten sich einige, entwickelten Organisationskompetenz, Konfliktstrategien und Überzeugungsfähigkeiten. Auch wenn es gegen die basisdemokratischen Grundideen verstieß: Es setzte die Bildung studentischer Selbstverwaltungsfunktionäre ein. Diese neigten dann dazu, Gestaltungsansprüche zu entwickeln. Dem konnte der StuRa als die Versammlung der Fachschaftssprecher/innen häufig nur Sitzungsdauern bis tief in die Nacht entgegensetzen. Dem Vernehmen nach ist das bis heute so.

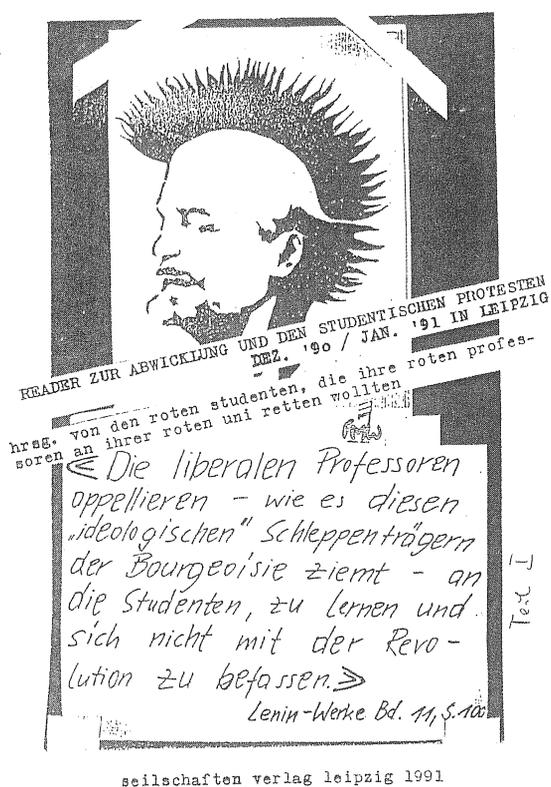
Abwicklung: Überraschende Mobilisierung

Eine unerwartete Mobilisierung großer Teile der Studierendenschaft brachte dann noch einmal das Jahresende 1990: Mitte Dezember kamen die sog. Abwicklungsbeschlüsse über die ostdeutschen Hochschulen. Sie betrafen vor allem die sozial- und geisteswissenschaftlichen Fachbereiche. Zur Begründung hieß es im Bescheid der sächsischen Landesregierung: Das Lehrangebot dort entspreche nicht den Anforderungen, „die eine freiheitliche Gesellschaft, ein demokratischer Rechtsstaat und eine soziale Marktwirtschaft an Lehre und Forschung stellen. Bereiche, die ideologisch einseitig und auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung festgelegt waren, soll es künftig nicht mehr geben“ (Sächsische Staatskanzlei 1990).

Abwicklung bedeutete die Schließung der betroffenen Einrichtungen unter Fortdauer der Bezahlung ihrer MitarbeiterInnen in einer Warteschleife von sechs bzw. (bei Älteren) neun Monaten; sobald die Warteschleife ausgelaufen war, endeten alle weiteren Verpflichtungen des öffentlichen Arbeitgebers. Das wesentliche Problem dabei war die dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs: Die Mitgliedschaft in einem Institut, das als politisch problematisch oder sachlich überflüssig galt, also ein Organisationsmerkmal entschied über die individuelle berufliche Existenz, ohne dass die Einzelnen je eine realistische Chance hatten, der kollektiven Verdammung zu entgehen.

In der Universität wurden diese Abwicklungsentscheidungen zunächst als Eingriff

in die Gestaltungskompetenz für die eigene Strukturentwicklung wahrgenommen. Als bald meldeten sich aber auch andere Stimmen. Sie sahen in der Abwicklung einen Schub für die Erneuerung der Universität. Es wurde gleichsam jakobinisch argumentiert: „Die Abwicklungen sind ein hochpolitischer Befreiungsschlag, der arbeitsrechtliche Zwänge beseitigt“, hieß es etwa bei einem Leipziger Kirchenhistoriker (Nowak 1991: 373). Die Ambivalenz der Bewertungen zeigt exemplarisch eine Äußerung des nachmaligen Rektors Cornelius Weiss: „Zunächst war ich von dem Abwicklungsbeschluss ganz entsetzt. Mein spontaner Ausruf war: Um Himmels Willen, sind wir denn nun wirklich ein besetztes Land? Aber dann, als ich die Wirkung sah, daß sich hier alles wie ein aufgeschrecktes Wespennest bewegte, war ich dann doch gegen eine Rücknahme der Abwicklung. Es gab zwischen den Studenten und denen, die für die Abwicklung waren, eigentlich keinen Dissens darüber, daß die Abwicklung undemokratisch ist.“ (Weiss/Wartenberg 1991)



Unter den Studierenden – vor allem den unmittelbar betroffenen – regte sich Widerstand. Bestärkt fühlen konnten sie sich durch gewichtige Stimmen, nicht zuletzt aus Westdeutschland, die dem Abwicklungsinstrument nur schwer Rechtsstaatskonformität abgewinnen konnten (etwa Konzen

1991). Abwicklungsbetroffene HochschullehrerInnen versuchten z.T., die Proteste zu instrumentalisieren. Dagegen wehrten sich die Studierenden weitgehend erfolgreich: „Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß ohne Zusammenarbeit mit allen integren und kreativen Wissenschaftlern der KMU die demokratische Erneuerung der Uni unnötig erschwert wird. Darum sehen wir in diesen Wissenschaftlern auch unsere Partner. Das heißt nicht, daß wir uns dafür einsetzen, daß alle Lehrkräfte künftig weiterbeschäftigt werden sollten. Allerdings soll Nichteignung in einem fairen und damit rechtsstaatlichen Verfahren nachgewiesen werden.“ (Studenten 1990)

Eine empirische Untersuchung legte für Leipzig die diesbezüglichen studentischen Präferenzen offen: Die Mehrzahl der abwicklungsbetroffenen Studierenden plädierte für eine Fortsetzung des Studiums mit „einigen Lehrkräften“, die bislang schon gelehrt hatten. Keiner dieser Studierenden wollte sich für „alle“ Lehrkräfte einsetzen (Starke 1991).

Der einsetzende Protest war vielgestaltig: Besetzung des Rektorats der Universität über zwei Wochen (inkl. Silvesterparty), Mahnwache vor der Uni, Hungerstreik einer kleineren Gruppe, ein siebentägiger Fußmarsch gegen die Abwicklung von Berliner Studierenden nach Leipzig sowie, im Gegenzug, eine fünftägige Fahrraddemo von Leipzig nach Berlin. Begleitet wurde all dies von permanenten Verhandlungen zwischen StuRa-Sprechern, Uni-Leitung und Ministerium. Wissenschaftsminister Meyer stellte sich zweimal in Leipzig Podiumsdiskussionen mit jeweils rund 800 Uni-Angehörigen. Die Mittelbauvertretung, Theologie-Professoren und der Leipziger Stadtpräsident übernahmen Vermittlerrollen zwischen den verhärteten Fronten. Am 29. Dezember fanden in den Räumen der Theologischen Fakultät ganztägige Verhandlungen zwischen dem Minister, Studierenden und dem Rektorat statt. Im Ergebnis wurde der Abwicklungsbeschluss nicht zurückgenommen, aber modifiziert. Insbesondere fand sich die ersatzlose Schließung der Journalistik und der Kulturwissenschaften korrigiert: Sie wurden – erstere als Kommunikations- und Medienwissenschaften – anschließend neu aufgebaut. Ohne die studentischen Proteste gäbe es diese beiden Institute heute nicht. (Vgl. StudentInnenRat 1991a)

Anschließend ging die Beteiligung an studentischer Interessenvertretung wieder auf das Vor-Abwicklungs-Niveau zurück. Der StuRa wurde 1991 als studentische Vertretungsstruktur im sächsischen Hochschulgesetz verankert. Das heißt: Es bestand und besteht weiterhin die Möglichkeit, Mehrheitswahlen von FachschaftsvertreterInnen statt Verhältniswahlen (partei-)politischer Listen durchzuführen. Feierten dies die sächsischen StudentInnenräte als großen Erfolg, so entsprang es im Wissenschaftsministerium wohl eher politischem Kalkül. Zwar assoziierten die dortigen Entscheidungsträger mit „Studentenrat“ eher Arbeiter- und Soldatenrat als Aufsichtsrat. Sie meinten daher, dass der Parlamentarismus eigentlich auch für die Studierendenvertretung viel situationsgerechter sei. Doch zugleich blieb ihnen eines nicht verborgen: Der Anspruch der StudentInnenräte, alle Studierenden an der Hochschule vertreten zu wollen, hat naturgemäß auch befriedende Wirkungen. Aus diesem selbstgesetzten Anspruch resultiert zwangsläufig eine gewisse Selbstbeschränkung, und zwar insbesondere bei der Deutlichkeit, politische Positionen zu formulieren und zu vertreten. Wer immer alle Meinungen berücksichtigen will, muss sich mitunter schwer damit tun, deutliche Positionen zu beziehen. Wie weit da die Grenzen ausgereizt werden, hängt von den jeweili-

gen AkteurInnen in den StudentInnenräten ab.

Für die Universität brachten die folgenden Jahre die Integration mehrerer Leipziger Hochschulen bzw. Hochschulteile, den Abbau des 1990 beschäftigten Personals um zwei Drittel (Gutjahr-Löser 1997: 33), die deutliche Verwestlichung und Vermännlichung der Professorenschaft (Schluchter 1993: 13) mit sehr durchwachsender Qualitätsverteilung (Krull 1994: 215), den symbolisch wie praktisch schädlichen und selbstverschuldeten Verlust des Uni-Hochhauses am Augustusplatz (vgl. Pasternack 1999), die Auseinandersetzungen um die Paulinerkirche und den Neubau am Augustusplatz (vgl. Engmann 2008), immer wieder auch studentische Proteste sowie eine relative Positionsverschlechterung der Universität Leipzig im Forschungsranking der ostdeutschen Hochschulen von Platz 2 auf Platz 4 (hinter HU Berlin, TU Dresden und FSU Jena; vgl. Pasternack 2007).

20 Jahre sind im Leben einer 600 Jahre alten Universität nicht besonders viel. Doch auch wenn diese beiden Jahrzehnte zeitlich nur drei Prozent der Universitätsgeschichte ausmachen: Expansionsbedingt betrafen die Entwicklungen dieser kurzen Zeit 15 Prozent aller Studierenden, die seit 1409 an der Universität Leipzig eingeschrieben waren bzw. sind.

PEER PASTERNAK

Literatur

- Engmann, B. (2008): Der große Wurf. Vom schwierigen Weg zur neuen Leipziger Universität, Beucha.
- Füller, C. (2000): "Jan – oder das kurze Glück politischer Emanzipation: Die Demokratisierungsimpulse aus der DDR-StudentInnenschaft 1989/90", in: Peer Pasternack und Thomas Neie (Hg.): stud. ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig, S. 15-27.
- Gutjahr-Löser, P. (1997): "Die Umgestaltung der Universität Leipzig nach der Wende", in: Rektorat der Universität Leipzig (Hg.), Wissenschaftsstandort Leipzig. Die Universität und ihr Umfeld. Beiträge der Konferenz anlässlich des "Dies academicus" am 2. Dezember 1996, Leipzig, S. 23-42.
- Konzen, H. (1991): "Die „Abwicklung“ und der Rechtsstaat", in: FA.Z., 12.2.1991, S. 10.
- Krull, W. (1994): "Im Osten wie im Westen – nichts Neues? Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates für die Neuordnung der Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR", in: Renate Mayntz (Hg.), Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozeß, Frankfurt a.M./New York, S. 205-225.
- Küpper, M. (1993): Die Humboldt-Universität. Einheitsschmerzen zwischen Abwicklung und Selbstreform, o.O. [Berlin].
- Nowak, K. (1991): "Hochschule im Spannungsfeld politischer Zwecke und wissenschaftlicher Verantwortung. Impressionen aus Leipzig", in: Beiträge zur Hochschulforschung 4/1991, S. 371-381.
- Pasternack, P. (1995): Zu Risiken und Nebenwirkungen der Leipziger Universitätserneuerung. Berichte und Polemiken 1990 - 1994, Göttingen/Leipzig.
- Pasternack, P. (1999): "Intransparenz & Konfliktkarriere. Wie der Universität Leipzig nach dem Ende der DDR ihr Hochhaus abhandeln kam", in: Monika Gibas und Peer Pasternack (Hg.), Sozialistisch behaut & bekunstat. Hochschulen und ihre Bauten in der DDR, Leipzig, S. 177-186.
- Pasternack, P. (1999a): „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989 - 1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin, Weinheim.
- Pasternack, P. (2000): "Die StuRa-StoRy. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989", in: Peer Pasternack und Thomas Neie (Hg.), stud. ost 1989-1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig, S. 28-53.
- Pasternack, P. (2007): Forschungslandkarte Ostdeutschland, unt. Mitarb. von Daniel Hechler, Wittenberg.
- Sächsische Staatskanzlei (1990): Neue Struktur für Sachsens Hochschulen. Presseinformation, Dresden, 12.12.1990, dok. in: StudentInnenRat (1991a: o.S.).

- Schluchter, W. (1993): "Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig", in: hochschule ost 9/1993, S. 5-18.
- Schneckener, U. (1991): "Die Abwanderung in Richtung Westen steigt. Die Leipziger Universität im Sommersemester: Lehrbetrieb mit Westimporten", in: Frankfurter Rundschau, 13.6.1991.
- Sieber, M. und Freytag, R. (1993): Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89, Berlin.
- Starke, U. (1991): "Die Studenten und die Abwicklung. Exklusiv für LVZ: Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung des Laboratoriums für Studentenforschung an der KMU", in: Leipziger Volkszeitung, 24.1.1991, S. 9.
- Starke, U. (1992): "Ostdeutsche Studenten zwischen Wende und deutscher Einheit", in: hochschule ost 8/1992, S. 16-21.
- "Strategiekonzept für eine Novellierung des BAFöG mit dem Ziel der Elternunabhängigkeit", in: Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften, Leipzig, 26.-28. Oktober 1990, o.O. (Berlin) o.J. (1990). S. 37-44.
- Studenten: "Keine Entsolidarisierung", in: Neues Deutschland, 29.12.1990, S. 2.
- StudentInnenrat der Universität Leipzig (Hg.) (1991): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Textsammlung. Unkommentiert, Leipzig.
- StudentInnenrat der Universität Leipzig (Hg.) (1991a): Reader zur Abwicklung und den studentischen Protesten Dez. '90/Jan. '91 in Leipzig, hrsg. von den roten Studenten, die ihre roten Professoren an ihrer roten Uni retten wollten, Leipzig 1991.
- Weiss, C. und Wartenberg, G. (Interview) (1991): "Winterschlaf oder Frühlingserwachen? LVZ im Gespräch mit den Rektorkandidaten der Karl-Marx-Universität Leipzig", in: Leipziger Volkszeitung, 7.2.1991, S. 3.

„Krisen gab es beim StuRa schon öfter“ Ein Gespräch mit Eduard Jesse

Powision: Herr Jesse, Sie arbeiten seit 20 Jahren für den StuRa. Was machen Sie da?

Jesse: Ich bin einer der Angestellten für den Servicebereich: Wir haben zwei Servicebereiche im StuRa, einmal Ina Schulz mit der Jobvermittlung und BaföG-Beratung und meinen Campusservice. Der umfasst alles Mögliche, angefangen bei Technikverleih, Faxservice, Telefonservice, Mitfahrgelegenheiten, Semesterticketverkauf, bis hin zur Wohnungsvermittlung und weitere Fragen, die dabei auf mich zu kommen.

Ursprünglich war ich eigentlich nur Angestellter für die ganzen Wohnungssachen. Ich muss mal kurz ein bisschen ausholen: Vor der Wende hatten viele Studenten offiziell einen Wohnheimplatz, die zahlten dafür ca. 10 Ost-Mark pro Monat damals. Eigentlich haben die sich aber außerhalb des Wohnheims ihre eigenen Wohnungen gesucht, weil in Leipzig der Leerstand relativ hoch war und da wurden einfach Wohnungen besetzt. Keiner fühlte sich dafür zuständig und dementsprechend bestand in der Nachwendezeit die Möglichkeit, die Wohnungen zu legalisieren. Das wurde von studentischer Seite zumindest versucht. Der StudentInnenRat war mit seinen SprecherInnen am runden Tisch beteiligt und dort wurde das ganze besprochen. Ich war dafür zuständig, die Anträge von interessierten

Studierenden entgegenzunehmen und dann Kontakt mit den Wohnungsstellen der Stadt aufzubauen. Ziel war es, einen legalen Mietvertrag für ihre besetzte Wohnung zu organisieren. Damit begann es eigentlich und mit der Zeit sind dann alle weiteren Sachen hinzu gekommen.

Powision: Wie stark haben Sie Einblick in die Alltäglichkeiten der Studentischen Selbstverwaltung?

Jesse: Ich sag mal so: Es war eine Zeit lang räumlich etwas getrennt. Zuallererst saß ich ja auch mit in der zweiten Etage im Hauptgebäude, durch die Mitfahrzentrale bin ich dann in den alten Uniinnenhof in die Schalterhalle gezogen. Man war zwar an den Problemen und Fragen der Studierenden selber dran, aber für einen Überblick über die speziellen Entscheidungsabläufe des StuRas war ich dann räumlich etwas entfernt. Durch die Protokollführung bei StuRa-Sitzungen habe ich dann eigentlich immer mitgekriegt über welche Fragen gerade im StuRa gesprochen und gestritten wurde.

„Vorwürfe, dass der Stura links sei, kamen schon immer“

Powision: Studierendenvertretungen umgibt häufig der Mythos des „linken welt-

Powision

Magazin am Institut für Politikwissenschaft

Heft 2/2009
WiSe 09/10

1€

„Engagier dich!“

- Grenzen und Möglichkeiten
studentischen Engagements



mit einem Sonderteil zu 20 Jahren
StudentInnenRat Uni Leipzig

Inhaltsverzeichnis

06 AutorInnenverzeichnis

Bedingungsraum studentischen Engagements

- 09 Universitätsreform und Entdemokratisierung von Michael Huber
- 11 Kam Humboldt bis nach Bologna? von Dieter Koop
- 14 Autonomieverluste? von Georg Vobruba
- 16 Studentisches "Engagement" und die neuen Rationalitäten normal(isiert)-er Studierender von Christopher Hempel

Bedeutung studentischen Engagements

- 20 The Importance of Extracurricular Activities in Student Learning von Lee Harvey
- 22 Zum Profil einer unpolitischen Studentengeneration von Tino Bargel
- 25 College Student Extracurricular Engagement and Readiness for a Diverse Democracy von Shouping Hu
- 27 Higher Education Governance and Student Citizenship von Sjur Bergan
- 30 Lust auf studentisches Engagement im "Bologna-Prozess" wecken von Peter Zervakis

Integration studentischen Engagements

- 34 sollen - wollen- können - ermöglichen von Uwe Eisenbeis und Christian Scholz
- 36 Soft-Skills - Eine Einführung von Henner Schmidt-Traub
- 39 The New England-Award von Robyn Muldoon
- 41 Nützliches Engagement von Roland Bloch
- 44 68er, Ade! von Annika Stienen
- 46 Why do students study abroad? von James Williams

Hochschulpolitisches Engagement

- 50 "Weder dümmer noch schlauer" ein Gespräch mit Ulrich Bröckling
- 54 Der Bildband zur Revolution von Jeanne Bindernagel
- 56 "bin ich: kampf!" von Alexander Eisenach
- 58 Zwischen den Stühlen von Andreas Karsch